

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 550. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 22. November 1911.

### Die deutsch-französischen Abmachungen in der Budgetkommission.

In der Sitzung der Budgetkommission am 21. cr. wurde die Beratung des Kongoprotokolls fortgesetzt. Die finanzielle Seite des Protokolls widerspricht den Interessen, wonach sein bisheriges Schweigen als Opposition gegen das Marokkoproblem aufzufassen ist. Bezüglich der Schiffsfrage gab Dr. Solf dem Abg. Dr. Vering zu, daß die Vorarbeiten in dem abgetretenen Gebiet eine Gefahr böden, die zu befürchten sei, wobei er auf Unterstützung der deutsch-französischen Regierung schwebe. Zur Erklärung der deutsch-französischen Regierung schwebe, daß unter den Sachverständigen und in der Literatur sowohl günstige als ungünstige Meinungen vertreten werden, und daß zur Klärung nähere Feststellungen an Ort und Stelle durchaus nötig seien. Leber die Finanzfrage wurde die Verwaltung und die finanzielle Seite des Gouverneurs näher angahen, bis bereits auf der Seite nach hier begriffen ist, vor und gab als grundsätzl. nötig werdende Kaufsumme 2½ Millionen an.

Wichtigste Abmachung Vermuth machte alsdann Mittelungen über den französischen Kongoprotokoll der eine 200 Millionen aus über 6 Millionen Franken aus dem Mittellande aufnehme. Außerdem habe Frankreich für den Kongos eine Anleihe von 21 Millionen Franken auszugeben, und die erst zum Teil begeben sei. Danach können man ungefähr berechnen, welche Zuschüsse untererwärts für das neue Gebiet notwendig sein werden. Der Staatssekretär betonte weiter, daß es auf große Schwierigkeiten im Moment an der Befestigung des neuen Gebietes. Eine künftige Finanzfrage der kulturellen, wirtschaftlichen und sanitären Aufgaben sei damit wohl vereinbar.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gab sodann Auskunft über die Geschichte der Verhandlungen. Bei der Erörterung der Kommissionsfrage fand der Kongos schon bewegen sofort in Frage, weil schon früher unüberwindlich über Abmachungen in diesem Gebiet verhandelt worden war. Zunächst machte uns die französische Regierung nur das Angebot von Grenzregulierungen für Kamerun. Dies Angebot wurde von deutscher Seite als ungenügend bezeichnet, jedoch ist zu bemerken, daß die Grenzregulierungen, die von der französischen Seite und den privaten Sachverständigen übereinstimmend als äußerst wertvoll bezeichnet wurden, in das schiefliche in uns gelommene Gebiet aufgenommen sind. Die Forderung der deutschen Regierung ging aber darüber hinaus, weil Wert darauf gelegt wurde, auch den Kongos heranzuführen. Der Grund dafür ist der Wunsch, die einzelnen Linien der Kolonialverwaltung in Kamerun nicht missprechen. Die weitere Aufgabe war somit, die Franzosen dazu zu bewegen, uns das Recht dazu einzuräumen. Das Recht des Mitsprechens im Kongoboden hatten wir bisher wegen des französischen Vorlaufrechts nicht. Jetzt hat uns Frankreich angeboten, sich für den Fall von Verhandlungen über den in Frage kommenden Gebietes vor uns zunächst das Recht von Ubangi und ein solches Recht im Osten gefordert worden. Dagegen erbot sich in Frankreich die Bewegung unter dem Schlagwort: „Zweiteilung des französischen Westes“. Nach Ansicht unserer Kolonialisten kann es wichtiger, einen Mittelteil zu gewinnen, als das Recht an Ubangi. Der französische langwierigen Verhandlungen, die in allen Einzelheiten vorzuführen, nicht gut möglich ist, die jetzige Grenze zu entwickeln. Der deutschen Regierung lag daran, den Vertrag aufzuheben zu bringen, weil sie den Abschied für nichtig hielt. Das läßt sich schon erweisen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Situation bei in der Zeit der Verhandlungen gewesen wäre, wenn eine Wiederherstellung der Westgrenze unmöglich war, ergibt sich aus den früher gemachten Mitteilungen. Es mußte also erzwungen werden, wie weit wir in unseren Forderungen die französische Regierung gegenüber ihrer Kammer belassen konnten. Es ist das keine Aussicht auf eine fremde Regierung, sondern eine Aussicht darauf, was der französische Vertrag praktisch möglich war. Denn nur das Recht des für die französischen Länder bedeutet auch für die andere Seite das Mögliche. Mathematisch läßt sich nicht nachweisen, daß wir das Höchstmaß des Erreichbaren erzielt haben. Wir glauben, daß erzielt worden ist, was erzielt werden konnte, ohne den Vertrag in die Hände gehen zu lassen.

Ein Zentrum in der Rede trat für scharfe Mißbilligung in der neuen Kolonie ein und betonte, daß der gesamte Kolonialrat seine Erhöhung der Ausgaben trotz Erwerbung des neuen Gebietes erfahren dürfe; was wir im Kongos zuschieben müßten, müsse in anderen Schutzbereichen geparkt werden. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Schuler, teilte mit, daß schon jetzt europäische Staaten die deutsch-französischen Abmachungen bekämpfen. Durch Austrotzung der Staatlichkeit verbreiteten Mitegenart sei eine Befestigung möglich. Die Bedeutung des Randbereichs am Kongos und Ubangi. Auf Anfrage und der Kommission teilte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit, daß das rechtliche Eigentum an dem neuen Besitz an uns im Augenblick der Ratifikation übergeht, und zwar in dem Zustande, in dem sich das Gebiet im Moment der Ratifikation befindet. Inzwischen wird die Verwaltung übernommen, die deutsche Regierung nicht. Die Entnahmen verbleiben solange der französischen Regierung, als sie die Ausgaben für die Verwaltung trägt. Auf den Zugang zum Kongos und Ubangi ist von den Kolonialisten immer wieder Wert gelegt worden. Ebenso wurde Wert darauf gelegt, beide Ufer des schiffbaren Sanga im Interesse des Verkehrs und Handels zu erhalten. An den Ubangi bezugsnehmenden, an dem Ort, wo der Fluß noch schiffbar ist, vor ebenfalls von Wichtigkeit. Dies ist gelungen. Die Franzosen benutzen den Fluß zum Transport von Truppen, Proviant,

waren nach dem Nordgebiet. Das werden wir nunmehr auch tun können. Der Staatssekretär schloß daran noch einige Mitteilungen, die für den Ratifikation erklärt wurden.

Ein französischer Redner fragte an, ob am Sanga eine Bahn gebaut werden könne und ob der Ubangi an der Stelle, wo ihn die deutsche Grenze berührt, schiffbar sei. Der Redner sprach die Ansicht aus, daß für militärische Zwecke erhebliche Ausgaben in dem neuen Gebiet gemacht werden müßten, da der gegenwärtige Schutztruppenbestand in Kamerun dafür nicht ausreichen würde. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gab Auskunft über die Erhöhung der Kosten im Etat für französisch-Kongos um 2 Millionen Franken. Der Grund liegt darin, daß zu diesem französischen Kolonialgebiet auch das Kriegsgelände östlich von Bahr el Jebel gehört. Die kriegerischen Vorgänge in diesem Gebiet haben eine Verklärung der Truppe und damit eine Erhöhung der Ausgaben veranlaßt. Hinsichtlich des Landesverkehrs am Kongos und Ubangi und der Frage des Flußschiffes wies der Staatssekretär auf den unbestrittenen völkerrechtlichen Grund hin, daß dem Besitzer des Ufers auch die Fahrt über den Fluß zufällt, wobei nur bestreiten ist, ob die Grenze durch die Flußmitte oder den Landweg gebildet wird. Bei den internationalen Schiffsfahrtsverträgen zwischen, mit denen wir es zu tun haben, ist diese Streitfrage aber ohne Bedeutung. Die Schiffsbarkeit des Ubangi geht bis Bangui. Zeitweise wird die Schiffsbarkeit an einzelnen Stellen zwischen Kuntches durch Trockenheit unterbrochen. Für solche Fälle trifft die Bestimmungen Vorsorge, daß das Gebiet des anderen Ufers zur Anlage von zwei oder mehreren Schleusen auf dem Landwege benutzt werden darf. Ob wir in der Lage sein werden, unsere Eisenbahn gerade in dem Zipfel an den Ubangi zu bringen, läßt sich heute noch nicht sagen. Wir haben auf alle Fälle das Recht, unsere Bahnen durch französisches Gebiet weiterzubauen. Das ist die Voraussetzung der Verhandlung mit Frankreich. Wir können also auch die Bahn an irgendeinem Punkt, der uns paßt, an den Ubangi bringen.

Auf weitere Frage bemerkte der Staatssekretär, daß die Höhe über die Inseln sich nach der Regel des Uferbesitzes richtet. Die dem deutschen Ufer vorgelagerten Inseln gehören zum deutschen Gebiet, die dem belgischen Ufer vorgelagerten Inseln dem belgischen Gebiet. Die Abmachung mit Frankreich ist, wie der Staatssekretär zu einer weiteren Anfrage bemerkte, ausdrücklich vorgesehen, daß wir am Sanga selbst 6 bis 12 Kilometer, je nach der Eignung des Landes, für unsere Zwecke auszuheben können.

Der Staatssekretär des Reichsamtamts kam nochmals auf die finanzielle Seite der Abmachungen zu sprechen und gab seine Vermutung Ausdruck, daß einzelne Redner große Ausgaben für durchaus notwendig hielten. Er werde seinerzeit mit großer Umsicht darüber dafür sorgen, daß so große Ausgabenforderungen gar nicht erhoben würden. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes legte auf eine nationalliberale Frage hin nochmals die Bedeutung der Verhandlungen über das französische Vorlaufrecht auf Belgisch-Kongos hin. Frankreich hatte bisher das Recht, bei Änderungen im Kongoboden von seinem Vorlaufrecht ohne weiteres Gebrauch zu machen. Jetzt liegt die Frage ob, daß die französische Regierung von ihrem Vorlaufrecht nicht bürde Gebrauch machen wird, sondern zunächst sich mit der deutschen Regierung darüber besprechen will. Es handelt sich hier nicht um einen materiellen Akt und keinen flagranten Verstoß, aber um eine Abmachung, die zwischen zwei Großmächten von großer Bedeutung ist. Ähnliche Abmachungen bestehen auch sonst und gelten jebedam als außerordentlich wertvoll. Auf andere Fragen bemerkte der Staatssekretär, daß der Sanga schon jetzt bis Wesslo von Dampfern befahren wird. Auf die Inseln im Kongos ist von Frankreich kein Vorbehalt gemacht worden. Es treffen auf die allgemeinen Rechtsregeln zu.

Darauf trat eine Mittagspause ein.

Die Zweite Kammer im Königreich Sachsen verhandelte am 21. cr. über eine Interpellation Günther und Genossen (fortf. Nr. 2) betr. den Marokko-Vertrag. Staatsminister Graf Bismarck u. Eckardt äußerte etwa folgendes: Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist beide Jahre, seitdem ich Minister bin, kurz vor Zusammentritt des Reichstages einberufen worden. Ich habe mit dem Geheimen Freyherrn v. Salza und Vichtenau an der Sitzung des Ausschusses am 11. Oktober d. J. in Berlin teilgenommen. Die Verhandlungen waren interner Art. Ich bin außerstande, über ihren Inhalt Auskunft zu geben. Die Staatsregierung hat aber den Eindruck gewonnen, daß die berufenen Vertreter der Reichspolitik nach bestem Wissen und Gewissen alles daran gesetzt haben, die Marokkofrage einer einmütigen Lösung zuzuführen. In dieser Auffassung hat zwischen den Vertretern der einzelnen Regierungen volle Einmütigkeit geherrscht, und es ist dem Reichsfiskus das Vertrauen zu seiner Amtsführung ausgeprochen worden. Der Minister wies dann auf die Erklärung der Reichsregierung hin, künftig in Fragen der Verhütung von Kolonien den Reichstag zu hören. Die Regierung nimmt eine dahingehenden Änderung des Schutzgesetzes an. Was die verlangte Einführung eines verantwortlichen Reichsministeriums betrifft, so haben schon 1884 in dieser Frage Verhandlungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Minister Grafen von Fabrici stattgefunden, und die Angelegenheit ist damals im Bundesrat verhandelt worden. Die Staatsregierung hält an ihrem damals eingekommenen Standpunkt fest und lehnt es ab, Anträge auf

Einführung eines verantwortlichen Reichsministeriums zu stellen. Die Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs ist eine Grundbedingung für sein Gedeihen. Wenn wir daran festhalten, so folgen wir dem großen Manne, dem wir die Reichsverfassung verdanken, und wir bewahren uns als gute Deutsche und treue Sachsen."

### Der italienisch-türkische Krieg.

Neue Kämpfe. Aus Tripolis meldet unter dem 21. November die römische „Agenzia Stefani“. Bei Tobruk feuerten am 18. d. Mts. Batterien aus zwei Schanzen auf ein arabisches Lager auf einer Entfernung von 3800 Metern. Das Feuer aus der einen Schanze geriet vollständig das Telegrafengebäude und eine in der Nähe liegende Bergkuppe, hinter der sich Kraber aufeinander für einen Nachmittagskampf formierten. Die Kraber Hohen, verfolgt von dem Schrapnellfeuer aus der anderen Redoute. Nach Abgabe von 44 Schüssen wurde das Feuer eingestellt. Während der Nacht und am selben Tage kam es zu einem lebhaften Kampfe bei Derna. Der Feind hatte sich unter dem Schutze der Dunkelheit genähert, wurde jedoch durch ein sehr lebhaftes Gewehr- und Mitrailleurfeuer, sowie durch die bis zu unserer Redoute vorgebrachten Landungsgeschütze zurückgeworfen. Von Bengasi und Soms ist nichts Neues gemeldet worden. Zur Unterstützung der Armen in Tripolis hat General Canova von Anfang an Getreide, Reis, Brot, Kuchen und Kleider verteilen lassen. Für die Verteilung unter den Arabern sorgt ein Ausschuß von Notabeln unter dem Vorsitz von Hassan Wafsa, für die Verteilung unter den Jazoolen ein Ausschuß unter dem Vorsitz des Großrahbans. Täglich werden ungefähr 5000 Brote verteilt.

Eine weitere Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Tripolis, 21. November, betragt: Gefallen monnen gegen 8 Uhr räumten die Geniesoldaten unter dem Schutze einer Abteilung des 1. Grenadierregiments das Schußfeld auf der Ostseite. Ein Neuant, der den Aufführungsdienst versah, bemerkte eine Gruppe ruhender Kraber, auf die zuerst ein Feuer eröffnet, später aber mit dem Bajonett vorgegangen wurde. Die Kraber entflohen und hinterließen neun Tote. Die Verletzten nahmen sie mit sich. Gegen 11 Uhr eröffneten die Türken und Kraber gegen das 2. Grenadierregiment auf derselben Ostfront ein lebhaftes Gewehrfeuer, das die Italiener mit Gewehr- und Mitrailleurfeuer beantworteten, während eine Sektion Artillerie ein vor der italienischen Linie stehendes Haus zerstörte. Auf derselben Seite eröffnete der Feind am Nachmittag das Feuer auf die Grenadiere. Das 1. Regiment, welches mit zwei Abteilungen einen Gegenangriff auf die Front und Flanke der Feinde machte, brachte die Kraber zum Fliehen, die 20 Tote zurückließen. Ein Grenadier drang bis gegen die feindlichen Schützengraben vor, einige blutbespritzte Gewehre und Munition als Trophäen in den Händen haltend. Auf italienischer Seite gab es keine Verluste. Fünf Verwundete, die zu Erfindungen aufgeföhren waren, brachten die Nachricht, daß sich die Lage des Feindes in den letzten Tagen wenig geändert habe. Die Flieger ließen Bomben auf das Lager der Feinde fallen, und ein Drahtballon stellte die Wirkungen ihrer Explosion fest. Die Vermehrung, Beförderung und Wände hervorriefen. Auf ein Zeichen des Drahtballons bombardierte das Kriegsschiff „Carlo Alberto“ Anruz, das Zentrum der Feinde, sowie Saum.

### Die Revolution in China.

Die Gefandtschaften in Peking trafen noch keine Maßnahmen; sie beraten über die Lage. Ohne starkes Expeditionskorps kann außerhalb des Reiches der auf dem Yangtse liegenden Kanonenboote nichts getan werden. Die meisten Gefandtschaften haben ihren Staatsangehörigen vor drei Wochen geraten, sich aus dem Innern des Landes zurückzuziehen. Viele sind dem Rat nicht gefolgt, andere haben nur Frauen und Kinder fortgelandt.

Die Lage in Sianhsu. Die Missionsgesellschaft der Baptisten in London hat eine Kabeledepesche aus Sianhsu erhalten, in der mitgeteilt wird, die Verbindung mit Sianhsu, wo die Fremden niedergeworfen wurden, sei unterbrochen. Tziyuenfu, die Hauptstadt von Sienhi, liegt in Trümern. Die Mission sei wohlbehalten. Die Revolution in Sianhsu entwickelte sich vollständig friedlich. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Nationalversammlung und Quankiang nehmen zu. Hinsichtlich hat die Nationalversammlung noch nicht beschloß. Seine Kaisertrone ist außer Zweifel. Er scheint sich allein dem Thron gegenüber verantwortlich zu fühlen. Entgegen der gegen die Weiterführung der Feindlichkeiten gerichteten Entscheidung des

Parlament rückt die erste Brigade Mandjusch getrennt nach dem Süden ab. Die Nationalversammlung hat der geplanten Konferenz der Provinzialvertreter, die über die Frage Monarchie oder Republik entscheiden soll, zugestimmt. Die dabei abgeleitete Garantien für die Sicherheit des Hofes und erklärt, sie könne keine Sicherheiten bewilligen.

Die Auffassungen der Provinzialvertreter stimmen dem Plane zu, daß Yuanzhikai Präsident der Republik werden soll, verlangen aber, daß er die Mandjusch verfolge. — Das von den Auffassungen eingeleitete Auswärtige Amt teilte den Konstituenten mit, daß 14 Provinzen auf der Konferenz in Auftrag betreten sein werden. Die republikanischen Behörden sichern die Zahlung einer Kriegsentfädigung zu, sowie die der Anleihen, welche vor Proklamierung der Republik abgeschlossen worden sind. Das diplomatische Korps beschloß, den fremden Botschafter die Wahl einer Kommission zu empfehlen, die die Zolltarife übernehme, die der Generalinspektor in auswärtigen Banken zur Zahlung von Kriegsentfädigung und auswärtigen Anleihen deponiert. Der Generalinspektor der Rölle berichtet, daß selbst die Auffassungen in Schanghai, die früher gegen die Verwendung der Einkünfte waren, ihr jetzt aufhören.

### Wann tritt die Privatbeamtenversicherung in Kraft?

Man schreibt uns: Nach dem Gang der Kommissionsberatungen über das Versicherungsgeleit für Angestellte unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Vorlage bis zum Ende dieses Monats endgültig verabschiedet sein wird. Aus diesem Grunde interessiert naturgemäß die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Versicherung der Angestellten für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters sowie zugunsten der Hinterbliebenen in Kraft treten wird. Nach den von der Kommission begünstigten Absichten des Entwurfs wird durch das Gesetz selbst ein Zeitpunkt dafür nicht festgelegt werden, weil ebenso wie bei der Reichsversicherungsordnung es von vornherein nicht möglich ist, zu überlegen, bis zu welchem Zeitpunkt alle Vorarbeiten zur Durchführung des Gesetzes abgeschlossen sein können. Man nimmt jedoch als sicher an, daß die Versicherung der Privatangestellten mit dem 1. Januar 1913 in Kraft treten wird. Unter den Vorarbeiten, die bis dahin noch zu erledigen sind, dürfte die geordnete Durchführung der Prüfung für die Zulassung der Erbkassen sein. Die Entscheidung darüber liegt bekanntlich in den Händen des Bundesrats. Nach Verkündung des Gesetzes werden diejenigen bestehenden Kassen, welche als Erbkassen zugelassen werden sollen, diesbezügliche Anträge an das Reichsamt des Innern zu stellen haben. Diese Anträge werden dann durch das sozialpolitische Reichsreferat selbst oder dessen nachgeordneten Behörden einer verfahrensmäßigen Prüfung unterzogen, um ihre Lebensfähigkeit zu ermitteln und festzustellen, ob sie denjenigen Vorbereitungen entsprechen, die das Gesetz für die Zulassung vorschreibt. Diese Prüfung wird naturgemäß einen erheblichen Aufwand an Zeit erfordern. Außerdem ist die Errichtung der Reichskassen in die Wege zu leiten, und es sind schließlich die Organisationen zu schaffen, die berufen sind, die Interessen der Versicherten wahrzunehmen: die Vertrauensmänner im Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde, die zur Hälfte aus Angestellten und Arbeitnehmern bestehen und die die Hälfte für die Rentenausschüsse, die Schiedsgerichte, das Oberaufsichtsamt und das Direktorium bestehen. Alle diese Vorarbeiten dürften bis zum Ablauf des nächsten Jahres zu bewältigen sein. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes tritt dann zunächst das Selbstverfahren sofort in Geltung, das voraussichtlich in der Privatbeamtenversicherung berufen sein wird, eine noch größere Rolle zu spielen, wie es in der Arbeiterversicherung der Fall ist. Nach der Bestimmung des Art. 13 der Grundzüge der Versicherung sind 5 Prozent der jährlichen Einkommen aus Beiträgen für das Selbstverfahren bestimmt. Das bedeutet im ersten Jahre bereits einen Betrag von 75 Millionen Mark, der hierfür ausschließlich zur Verfügung steht. Die durch das Gesetz notwendigerweise vorgehende Wartzeit bis zum Eintritt der Leistungen findet durch die Einrichtung des Selbstverfahrens, das berufen ist, die in Folge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit abzumildern oder die Berufsunfähigkeit wieder herzustellen, einen gewissen Ausgleich. Denn unabweisbar wird das Selbstverfahren dazu beitragen, einer ganzen Reihe von Versicherten die Lebensdauer der Wartzeit zu ermäßigen, diejenigen Versicherten jedoch, die innerhalb der Wartzeit sterben, nicht das Gesetz eine Maßnahme der geleisteten Beiträge an die Hinterbliebenen vor.

### Eine freisinnige Heldentat.

Am Freitagabend hat in einer konfessionellen Versammlung zu Garmisch (Bayern) ein Vertreter der freisinnigen Volkspartei in geradezu unerwarteter Weise den konservativen Reichs-Generalsekretär Ruge beleidigt. Herr Ruge hatte nach einer begeisterten Rede stürmischen Beifall gefunden. Nur wenige der etwa 400 Köpfe zählenden Versammlung gehörten zur Opposition. Das geschah sich besonders, als nur ein Wandel Subjekt der beiden Reden zum Vortreten kam. Herr Ruge erklärte, er wolle nicht auf die Beleidigung eingehen. Die folgende Erklärung der Ruge'schen Rede, welche sich der erste der beiden Gegner dadurch abzumildern versuchte, daß er diese Wirkung auf die glänzende Dialektik des konservativen Redners zurückführte, veranlaßte nun den freisinnigen Redner und Rediger des „Agens“ für Bayern, zu einem Vorstoß, der die ganze Versammlung in heftige Empörung versetzte. Dieser freisinnige Selbstverleumdungsversuch mit einer gewissen freudig-herlichen Vertraulichkeit jedoch noch begründet hatte, begann seinen Angriff mit den Worten: „Ich freue mich, wieder einmal einen Beweis der glänzenden Beherrschung des Herrn Ruge erhalten zu haben. Ich kenne sie schon von Schöneberg aus. Demals sprach Herr Ruge für die liberale Partei. Herr Ruge trat für die Partei, von der er am besten beglückt wird.“ Ein Entzückungssturm erhob sich bei diesen Worten. Empört strömten die meisten von ihren Sitzen auf, stürmte zum „Auss“ und verurteilten den freisinnigen Redner am Weiterreden. Aber alsobald fand Herr Ruge seine Rede wieder. Mit eindringlichen Handbewegungen forderte er seinen Beleidiger, Herrn Barinmann, auf, die Worte zurückzunehmen, — ohne Erfolg. Nur mit großer Mühe gelang es dem Vorlesenden, Herrn von Seiden-Simmen-Hilber, die erregte Versammlung zu beruhigen.

Er entzog dem freisinnigen Redner das Wort, und die Versammlung noch über den Vortrag. Derselbe erklärte, daß der Herr Ruge von Ruge ergriffen, und jedes Wort für ihn ein Gebot sei — die schamlose Kampfwiese der Freisinnigen kennzeichnete, die mit dieser unerhörten Beleidigung nur die Kampfwiese fortsetzte, die sie Herrn Ruge gegenüber schon öfter angewandt haben, um die Wirkung seiner Rede abzumildern. Keiner der anwesenden freisinnigen Parteiführer fand es für angebracht, diesen Mann der Partei abzusprechen. Um so lauter war daher der Beifall, der dem Schlusswort des konservativen Generalsekretärs Ruge folgte. Eine größere Niederlage konnte sich der Freisinn an diesem Abend nicht holen.

### Deutsches Reich.

Der „genere“ Peter jenseits des Kanals. Wie die „Wall Gazette“ berichtet, soll während der französisch-deutschen Maroffo-Verhandlungen die deutsche Flotte auf ihrer Fahrt von Kiel nach Norwegen von einer Division englischer Torpedobootjäger verfolgt worden sein. Auch während der ganzen Dauer ihres Aufenthaltes in Norwegen habe die englische Torpedobootjäger-Flottille die deutsche Flotte in fächerförmiger Aufstellung umgeben und ihre Bewegungen auf das genaueste beobachtet. Zur gleichen Zeit sollen zwei Divisionen der englischen Flotte in der Nordsee getrennt haben, die allein der gesamten deutschen Flotte überlegen gewesen wären. — Die Wahrheit ist ebenfalls wahrheitsgemäß. Aber das beräuhliche bodmütige Gerücht überhaupt in England geklaut werden, ist nicht nur ein Zeichen der „Gefinnungslosigkeit“ Albions, sondern wiederum eine ernste Mahnung an das Deutsche Reich: „Acht Schiffe!“

Die Deutsche Kongo-Liga bittet den Herrn Reichsfänger, in dem deutsch gewordenen Teil des bisherigen Französisch-Kongoal-Äquatorial-Afrika die bestehenden Privilegien zu beibehalten, die Eingeborenen von der Verpflichtung, für die Gesellschaften zu arbeiten, zu befreien, ihnen die freie Verfügung über die Produkte des Bodens zurückzugeben und durch hygienische und soziale Maßregeln für die Besserung des Loses der Eingeborenen zu sorgen, da ohne eine kräftige und zahlreiche Bevölkerung eine Entwicklung des Landes nicht möglich ist. Zugleich beschloß die Deutsche Kongo-Liga laut Beschluß ihrer Hauptversammlung, die am 16. November abgehalten wurde, den Herrn Reichsfänger durch eine Denkschrift zu bitten, für eine wirkliche Durchführung der Kongoakte im ganzen Gebiete der Freihandelszone Zentralafrikas Sorge zu tragen zu wollen.

„Stimmungsmaße“. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Ueber öffentliche Stimmungsmaße durch Ältere und die vertraulichen Verhandlungen der Subkommission ist in der Presse Beschwerde erhoben worden. Der Abg. Walsermann hat sich auf dem nationalliberalen Parteitag ebenfalls gegen diese Stimmungsmaße gewandt. Es sei hiermit festzustellen, daß von der Regierung keinerlei Recht über die vertraulichen Kommissionsverhandlungen an die Presse gegeben worden ist. Dem nationalliberalen Parteitag ist es aber bei seiner Neuerung offenbar entgegen, daß sein eigener Parteitag, die „Nationalliberale Korrespondenz“, von parlamentarischer Seite eine Besprechung der vertraulichen Verhandlungen gebracht hat. Die „Nationalen Korrespondenz“ hat hier, wie sie selbst mitteilt, Informationen von parlamentarischer Seite gehabt. Es ist unethisch, wie handschriftlich Stimmungsmaße gesprochen werden können.

Vorbereitungen zu einem Reichsfinanzmittelgesetz. Wie man uns schreibt, beginnen jetzt im Reichsfinanzministerium die Beratungen über den Entwurf eines neuen Reichsfinanzmittelgesetzes. Und auch im Reichsamt des Innern sind die Vorarbeiten in Angriff genommen. Man darf annehmen, daß es sich dabei um eine sehr umfangreiche Materie handelt, die wegen ihrer Schwierigkeit noch eine geraume Zeit bis zu ihrem Abschluss erfordern wird. In erster Linie handelt es sich darum, für eine ganze Reihe von Produkten, wie beispielsweise Kakao, gewisse Mindestgrenzen in Bezug auf Reinheit festzusetzen, über deren Maß die Ansichten der Interessenten naturgemäß weit auseinandergehen. Es wird erforderlich sein, durch das Gesetz eine Anstalt zu schaffen, welche in allen Fällen für Nachprüfungen das Mindestmaß in Bezug auf Reinheit festsetzt. Ueber die Organisation einer solchen Anstalt, der naturgemäß damit eine verantwortungsvolle Aufgabe zufällt, geben die Anschauungen ebenfalls weit auseinander. Unter diesen Umständen läßt sich ein Zeitpunkt, zu dem der Gesetzentwurf dem Reichstag zugehen wird, noch nicht festsetzen.

Wohnungsfrage für Arbeiter und gering bezahlte Beamte. Man schreibt uns: Die Tatsache, daß im nächsten Reichstag zur Förderung von Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte ein Betrag von 4 Millionen Mark einseitig ist, wird in den beteiligten Kreisen mit großer Genugtuung begrüßt werden. Denn diese Summe bedeutet eine Verdoppelung der Beträge, die in den letzten beiden Jahren für diesen Zweck zur Verfügung standen. In dieser Erhöhung des Fonds wird man auch ein sicheres Zeichen der glücklicheren Finanzlage des Reichs erblicken dürfen. Bei dem Ablauf dieses Jahres sind insgesamt 41 Millionen Mark für Zwecke der Wohnungsfrage aufgewendet. Den höchsten Stand erreichte der Fonds in den Jahren 1904 bis 1906 mit 5 Millionen Mark. Demals waren die ungenügenden Wohnungsverhältnisse in Wilhelmshaven Anlaß zur Erhebung des Fonds. Es wurde in der Gemeinde Neuende bei Wilhelmshaven ein Baugelände von 46 Sektar erworben, welches einem neu ins Leben getretenen Arbeiterbauverein nach und nach zur Erbauung überlassen ist. Das Gelände reichte bei ländlicher Wohnungsweise aus für 1500 Arbeiterfamilien. In den Jahren 1910 und 1911 konnten infolge der ungenügenden Finanzlage des Reiches nur 2 Millionen jährlich für Wohnungsfragen zur Verfügung gestellt werden, trotzdem seit dem Jahre 1909 auf Wunsch des Reichstages der Fonds auch auf die Arbeiter und gering bezahlten Beamten der Militärverwaltung ausgedehnt wurde. Die Mittel des Fonds werden einmal verwendet zu Vorarbeiten gegen Wohnnot, die in den letzten beiden Jahren in erheblichem Maße aufgetreten sind. Ueber die Ergebnisse und den Fortschritt der Wohnungsfrage wird man sich in den nächsten Jahren berichten können. Die Mittel des Fonds werden einmal verwendet zu Vorarbeiten gegen Wohnnot, die in den letzten beiden Jahren in erheblichem Maße aufgetreten sind. Ueber die Ergebnisse und den Fortschritt der Wohnungsfrage wird man sich in den nächsten Jahren berichten können.

An dem Wahlauftruf der fortschrittlichen Volkspartei fällt zweierlei auf. Einmal die milde Beurteilung, die durch die Sozialdemokratie erfaßt. Raum angedeutet ist der Kommunismus der Sozialdemokratie. Um keinen Preis ist sie behandelt, als ob es sich bei ihr um eine Partei handelte, die wie andere zu beurteilen ist, die höchstens dadurch unangenehm wirken könnte, daß sie durch Erlangung vieler Mandate eine innere Kritik näher brächte. Das ist genau der Standpunkt, den der Bund und gegenüber der Sozialdemokratie seit dem ersten Janiatage eingenommen hat. Der revolutionäre, der heutigen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung todesähnliche Charakter der Sozialdemokratie wird verurteilt; man erhofft sich von dieser Schweigetaktik Vorteile bei den Reichstagswahlen. Aber auch in dem zweiten, beim Wahlauftruf der fortschrittlichen Volkspartei auffallenden Punkte gleicht diese dem Bund: und wie ein G. dem anderen. Denn sehr zutreffend führen die „N. N.“ folgendes aus: In dem Wahlauftruf steht nichts von der Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zur Außenpolitik; lediglich die Aufhebung der Schutzmittelsätze ist nebenbei als Wunsch der Partei zur Geltung der Leistung erwähnt. Auch der Bund hat es bisher stets vermieden, klare Stellung zur Außenpolitik zu nehmen. Man erweist, daß die fortschrittliche Volkspartei das Gleiche tut, in wie engen Beziehungen beide zueinander stehen. Dabei wird die nächste Reichstagsagung die Entscheidung über die Gestaltung der Wirtschafts- und Handelspolitik bringen. Wie bei der Sozialdemokratie, so will die fortschrittliche Volkspartei auch nicht bei den Nationalliberalen ansetzen. Diese haben sich in ihrem Wahlauftruf zur Außenpolitik, wie sie gegenwärtig besteht, unabweisend bekannt. Die fortschrittliche Volkspartei will also wieder die von ihr links nach die von ihr rechts stehende Gruppe verlassen. Wenn sie sich nur nicht bei diesem Verhalten abwenden und vor allem Arbeit über die beiden Fragen, wie sich eine Partei zur Sozialdemokratie und wie sie sich zur Außenpolitik stellt. Eine Partei, die hierüber keine Ansicht abgibt oder eben kann, wird die Folgen bei den Wahlen zu spüren bekommen.

### Ausland.

Frankreich. Der Vorstehende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Deschanel, beschäftigt sich in seinem zur Verteilung gelangten Bericht über das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten eingehend mit den die nützlichsten Umgestaltungen, deren Notwendigkeit durch die jüngsten Vorkommnisse erwiesen worden sei. Er befürwortete die Errichtung eines Generalsekretariats, die Schaffung eines Beamtenrats, um willkürliche Beförderungen und Beförderungen zu verhindern, und eine genaue Überwachung der Ausgaben, um allen Unübersichtlichkeiten ein Ende zu machen. Er behandelte die Maroffo-Angelegenheit sehr ausführlich und zollt vor der Regierung beifolgende Politik, insbesondere der Expedition nach Ives, durch welche die Europäer getrennt worden seien, seine Anerkennung. Coburn weist er auf die ärmliche Finanzlage Maroffos hin, welche durch Disingo und Mannel an Karakol hervorgerufen worden sei. Schließlich hebt Deschanel hervor, daß der Handel Frankreichs mit Maroffo von 42 Millionen im Jahre 1906 auf 52 Millionen im Jahre 1910 gestiegen sei.

### Lebte Telegramme.

Die Landtagswahlen in Hessen. Darmstadt, 21. Nov. Nach dem amtlichen Wahlergebnis wurde bei den Landtagswahlen im freie Welt ein nicht der fortschrittliche, sondern der nationalliberale Kandidat mit 5 Stimmen Mehrheit gewählt. Die Nationalliberalen erhalten somit einen Sitz mehr und bleiben die stärkste Partei der Kammer.

### Aus dem englischen Unterhaus.

London, 21. Nov. (Unterhaus.) Ronaldsban (Unionist) fragte, ob der zwischen England und Frankreich im Jahre 1904 abgeschlossene Vertrag zwei geheime Klauseln enthält, denen zufolge einmal Frankreich die Zustimmung zur Aufhebung der Kapitalzinsen in Ägypten geben soll, wenn immer Großbritannien mit den anderen davon berührten Mächten in Unterhandlung treten sollte, und ob durch diese Klauseln ferner die Zone im Norden Maroffos festgelegt werde, die von Karakol nach der Atlantischen Küste laufe und innerhalb welcher die Aktien Frankreichs mehreren Beschränkungen unterworfen sei, wie sie an der mittelländischen Küste gegenüber Gibraltar Gültigkeit haben. Staatssekretär Grey erwiderte, der englisch-französische Deklaration vom Jahre 1904, seien gewisse, nicht veröffentlichte Artikel hinzugefügt. Sie seien als ergänzende Bestimmungen zu den veröffentlichten Artikeln zu betrachten und würden jetzt dem Parlament vorgelegt werden. Der Staatssekretär erklärte ferner in Beantwortung einer Anfrage, wenn nicht England gestattet werde, in der laufenden Saison wenigstens 500 000 Tonne Zuder nach dem Westen auszuführen, kündige die britische Regierung die Absicht an, sich von der Zuderexportation und der Zulassung von 1908 zurückziehen zu wollen, und zwar im September 1913, dem frühesten Zeitpunkt, an dem es zurücktreten könne. Die englischen Vertreter auf der Zuderkonferenz, die jetzt verhandelt, hätten entsprechende Anweisung erhalten.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Tripolis, 21. Nov. Bis jetzt wurden 260 000 Kilogramm Getreide unter die Araber und 67 000 Kilogramm unter die Juden verteilt. Sechs große Äffel sind für die Verteilung und Verteilung von Reis aufgestellt worden. Von den 2000 Baracken, die hergestellert wurden, sind bereits 500 verteilt. In der Stadt wurde der sanitäre und hygienische Dienst organisiert und ein bakteriologisch-chemisches Laboratorium eingerichtet. Die Straßenbeleuchtung, die Straßenreinigung und die Reduktionsarbeiten werden geregelt, ein Zivilgericht gebildet und die öffentliche Ordnung wiederhergestellt. Die bei den letzten Ueberflimmungen über beheldigte Wasserleitung von Bumeliana wird wieder in Stand gesetzt werden.

10. Sept. 1910  
11. Sept. 1910  
12. Sept. 1910  
13. Sept. 1910  
14. Sept. 1910  
15. Sept. 1910  
16. Sept. 1910  
17. Sept. 1910  
18. Sept. 1910  
19. Sept. 1910  
20. Sept. 1910  
21. Sept. 1910  
22. Sept. 1910  
23. Sept. 1910  
24. Sept. 1910  
25. Sept. 1910  
26. Sept. 1910  
27. Sept. 1910  
28. Sept. 1910  
29. Sept. 1910  
30. Sept. 1910  
1. Okt. 1910  
2. Okt. 1910  
3. Okt. 1910  
4. Okt. 1910  
5. Okt. 1910  
6. Okt. 1910  
7. Okt. 1910  
8. Okt. 1910  
9. Okt. 1910  
10. Okt. 1910  
11. Okt. 1910  
12. Okt. 1910  
13. Okt. 1910  
14. Okt. 1910  
15. Okt. 1910  
16. Okt. 1910  
17. Okt. 1910  
18. Okt. 1910  
19. Okt. 1910  
20. Okt. 1910  
21. Okt. 1910  
22. Okt. 1910  
23. Okt. 1910  
24. Okt. 1910  
25. Okt. 1910  
26. Okt. 1910  
27. Okt. 1910  
28. Okt. 1910  
29. Okt. 1910  
30. Okt. 1910  
31. Okt. 1910  
1. Nov. 1910  
2. Nov. 1910  
3. Nov. 1910  
4. Nov. 1910  
5. Nov. 1910  
6. Nov. 1910  
7. Nov. 1910  
8. Nov. 1910  
9. Nov. 1910  
10. Nov. 1910  
11. Nov. 1910  
12. Nov. 1910  
13. Nov. 1910  
14. Nov. 1910  
15. Nov. 1910  
16. Nov. 1910  
17. Nov. 1910  
18. Nov. 1910  
19. Nov. 1910  
20. Nov. 1910  
21. Nov. 1910  
22. Nov. 1910  
23. Nov. 1910  
24. Nov. 1910  
25. Nov. 1910  
26. Nov. 1910  
27. Nov. 1910  
28. Nov. 1910  
29. Nov. 1910  
30. Nov. 1910  
1. Dez. 1910  
2. Dez. 1910  
3. Dez. 1910  
4. Dez. 1910  
5. Dez. 1910  
6. Dez. 1910  
7. Dez. 1910  
8. Dez. 1910  
9. Dez. 1910  
10. Dez. 1910  
11. Dez. 1910  
12. Dez. 1910  
13. Dez. 1910  
14. Dez. 1910  
15. Dez. 1910  
16. Dez. 1910  
17. Dez. 1910  
18. Dez. 1910  
19. Dez. 1910  
20. Dez. 1910  
21. Dez. 1910  
22. Dez. 1910  
23. Dez. 1910  
24. Dez. 1910  
25. Dez. 1910  
26. Dez. 1910  
27. Dez. 1910  
28. Dez. 1910  
29. Dez. 1910  
30. Dez. 1910  
31. Dez. 1910





Gedenktage.

23. November.

- 1801. Erste Aufführung von Schillers „Jungfrau von Orléans“ in Berlin.
1830. Der Augenarzt Alfred Gräfe geboren.
1830. Der Kartograph Bruno Hohenheim geboren.
1848. Revolution in Rom. Der Kaiser Nikolaus.
1854. Gründung des Reichshofes Wilhelmshafen.
1870. Bayern tritt dem Deutschen Reiche bei.
1870. Augenburg wird selbständiges Großherzogtum. Herzog Adolf von Nassau bezieht den Thron.

Tagespruch:

Reber Nacht, über Nacht kommt Freud und Leid,
Neb' d'g' du gedacht, verlassen dich beid'
Und gehen, dem Herrn zu sagen,
Wie du sie getragen. Sturm.

Aus Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 22. November 1911.
Anfang.

Am den November hat man ihn verlegt. Sturmtwinde
schütteln das letzte Laub von den Bäumen, fegen über kahle
Felder, grau verfliehet ist der Himmel, tagelang bleibt die
Sonne hinter Wolken verborgen, alle sommerlichen Reize der
Natur sind dahin, der kalte, strenge Winter fletsch auf der
Schwelle und läßt sich nicht mehr abwenden. Und der Mensch, der
sich wie halb wieder der Erde Wägen und Brangen ein Ende
nehmen, wird still und ernst. Das große Sterben um ihn her läßt
ihn an sein eigenes unabänderliches Schicksal denken. Auch er
wurde und wird vergehen. Wann seine Stunde schlagen wird,
das zu wissen, hat eine gütige Vorsehung ihm verwehrt, aber
sie wird schlagen. Wer ihm das dunkle Los, durch das er hin-
durch muß, hinter sich die Lebensbahn, die er schon durchschien.
Und er hält an auf seiner Wanderung und schaut rückwärts.
Auch dort wie im Naturlagestehen Licht und Schatten, blumige
Streu und kahle Felder, Glück und Unglück, und an Zeiten
auch und schlechte. Denn wir sind allzumal Sinder. Wo aber
Selbstkenntnis ist, die sich nicht schont, nichts verbodet und be-
mängelt, da ist auch Reue. Zur Einsicht mahnt der Aufzug
in das eigene Ich, das den meisten weniger bekannt ist als des
Nachbarn. Wann findet man Zeit, sich mit sich selbst zu be-
schäftigen? Und weckt diese Einsicht Reue, so wird der Ent-
schluß zur Umkehr notwendig daraus folgen. Reue ist ein
höheres Strauß, aber es ist heilsam, der Wille zum Guten er-
füllt mit höherer Lebensfreude und macht auch trübe Winterlage
warm und sonnenhell.

Zum Todestest.

Wenn auch in diesem Jahre die Schwärze der Trauernden
zu den Gärten ihrer Lieben pilgern werden, so werden sie wie
früher an den Eingängen der Friedhöfe die Verteiler des
Geldes, und Schriftensweins finden, welche jeden
Besucher eine Predigt oder eine andere Trostschrift völlig un-
entgeltlich überreichen werden. Es sind zu diesem Zwecke
Verdienten der Halle'schen Pastoren Wagner, W. Baumann und
Jäger, jede in 15 000 Stück gedruckt, außerdem noch rund 50 000
kleinere Trostschriften bereitgestellt worden. Wer zu den großen
Stellen dieses heiligen Liebeswerkes ein Scherlein beitragen
möchte, findet dazu Gelegenheit, da neben den Verteilern Büchlein
zur Aufnahme völlig freiwilliger Gaben stehen werden.

Weihnachtsfeier und 10 Rezepte dagegen.

Die Ortsgruppe Halle a. S. des Deutschen
Käuferbundes überreicht uns folgenden beachtenswerten
Weihnachtsgeleit:

Weihnachtsfeier! Wer sind die Kranken?

Unabhängig ist ihre Schaar, hastende, drängende Frauen und
Männer, Käufer und Verkäufer, Handwerker, Werkstätten- und
Brennwerker, alle im Handelsgerode Angestellten, das ganze
laufende Publikum und zuguterletzt noch das ganze Herz der
Polizeibeamten. Das Fieber wüthet im Hause und auf der Straße,
im Bureau wie im Kaufhaus, in der Werkstätte, im einsamen
Stübchen der Heimarbeiterin — bei Reichen und bei Armen.
Alle leiden darunter, und zum Weihnachtsfest ist die Mehrzahl
matt und müde, geschwungen an allen Gliedern, dumpf im Kopf,
unfähig, das Fest, dem alle die hiesigen Vorbereitungen dienen,
fröhlich zu feiern. Gegen diese verheerende Volkskrankheit gibt
es aber ein Mittel. Den Weihnachtskäufern, die die
Schuld an dem Fieber tragen, seien nachfolgende Rezepte
herzlich und dringend zum Gebrauch empfohlen:
1. Besinne dich frühzeitig auf deine Weihnachtsgeldsacke und
vergißte deren Einkauf nicht bis auf den letzten Abend oder gar
den letzten Tage vor dem Fest. 2. Kaufe nie am Sonntag, auch
nicht vor Weihnachten, denn auch die Kaufleute brauchen Ruhe
und Erholung. 3. Sprich freundlich mit Verkäufer und Ver-
käuferinnen, widerspreche nicht ihre Zeit und Geduld bei Auswahl
der Waren usw. 4. Kaufe nicht am späten Abend, du machst am
Tage bessere Einkäufe und verfürzt nicht den schlechten Ge-
winn des Kaufmanns, Angestellten, Weins. 5. Geheuche Waren kaufst selten
und nie am Abend bei Geschäftsbekanntung, sondern in den
ruhigen Morgenstunden. 6. Nimm kleine Pakete aus dem Laden
sicher mit, nicht du deine Waren ins Haus bringen lassen, dann
schreibe deine Pakete genau auf und geheide dich, wenn etwas
gekauft Waren erst am andern Tage zu dir kommen. 7. Machst
du Geschenke nach auswärts, dann bringe sie zeitig vor dem Fest
zur Post und nicht am späten Abend. 8. Empfangene Waren be-
zahle möglichst sofort. 9. Zahle angemessene Preise, damit du
durch die Gerechtigkeit, billige Einkäufe, nicht das Einkommen berei-
chert, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, denn der
Kaufmann und Fabrikant wird dir nichts schenken, sondern wird
an den Löhnen seiner Arbeiter sparen müssen. 10. Willst du dich
vor dem Weihnachtsfest der Gerechtigkeit und des schlechten Ge-
wissens bewahren, so besorge diese Kaufsachen und gib sie weiter
an andere und bereite dir selbst und deinen anderen Weihnachts-
ruhe und Freude.
Wer nach solchen Grundregeln handelt, wird gut und züver-
kommend bedient und erhält die besten Waren, da je näher dem
Weihnachten, desto mehr die guten Sachen ausgekauft sind.

Aus den Vereinen.

Preussischer Beamtenverein. Einen in doppelter
Stärke angetretenen Abend hat der Verein vor einigen Tagen
im „Wintergarten“. Fräulein Seeliger, eine Schülerin
von Doreluse Weiling, führte durch den Vortrag einiger Lieder
in das Gefühlsbereich der heiligen Musik. Sie sang sich, da
sie warme Vergünstigung erlangte, in die Gemüter ihrer Zuhörer,
und darum auch verdiente sie den ihr zuteil gewordenen reichen
Beifall. Weniger an das Herz, mehr an den Verstand und an
die Fähigkeit zur Aufnahme äußerer Eindrücke wandte sich
Herr Dozent Fürstenberg von der Humboldt-Akademie in
Berlin mit seinem Vortrage „Im Banne des Lichts“. Die geist-
reichen Ausführungen des Redners über die Zusammensetzung
des Lichts, seine Fortpflanzungsgeheimnisse, seinen leben-
wirkenden und erhaltenden Einfluß auf alle Körper, auf die
Menschen, Tier- und Pflanzenwelt, seine Bedeutung im wirt-
schaftlichen Leben der Völker und auch seine Schädlichkeiten
wurden in ausgezeichneter Weise veranschaulicht durch schöne
Vollbilder. Selbstverständlich fand auch dieser Teil des Unter-
haltungsbenedes eine sehr freundliche Aufnahme bei der Hörerschaft.

Section Halle des Deutschen und Oester-
reichischen Alpenvereins. Wieder ein Abend voll
Schönheit und Genuß edelster Art. Herr Professor Dr.
Edler führte am Montag mit seinen Hörern „Bergfahrten im
Engadin“ aus. Der für einen nicht zu großen Kreis von
Menschen berechnete Saal des „Haus zur Zölpe“ ist für solche
Vorträge, die auf eine intime Wirkung abzielen, wie geschaffen.

Die Schönheiten und Herrlichkeiten der Natur, ihre Großartig-
keit, wie sie das Engadin in so gewaltiger Erhabenheit bietet,
verließen sich in unserem Erinnerungsbildern um so leichter,
je weniger von außen her störende Einflüsse, wie sie eine große
Menge von Menschen mit sich bringen, uns berühren. Der
Vortrag formvollendet, die Redeführer die wunderbare Bergwelt
des Engadin in stiller Größe zeigend: wozu ein Genuß!
Der Kaufmännische Verein zu Halle a. S.
(e. B.) veranstaltete am 20. November im „Neumarktshaus“
ein Konzert, das vom Stadtkapellmeister Gerlach unter
Leitung von Herrn Kapellmeister Elm an, unter Mit-
wirkung von Frau Marg. Bruger-Dreus ausgeführt
wurde. Es war ein sehr vielstimmiges Programm aus den Schätzen
der musikalischen Völker zusammengestellt worden. Die
Darbietungen des Orchesters verdienen den ihnen zuteil ge-
wordenen reichen Beifall. Solcher war auch Frau Marg.
Bruger-Dreus, der auf der Bühne wie im Konzertsaal
gleich gern gehörten Sängerin, zuteil. Mit das in allen Teilen
beifällig aufgenommene Konzert schloß sich ein Essen, und an
diesem ein Ball an.

Der Erde- und Unterhaltungsabend des
Halle'schen Diebstahlvereins am Sonntag im
„Kronprinz“ erfreute sich des Besuchs von über hundert Per-
sonen. Das Gelingen war sehr reichhaltig. Frä. Kublo sprach
über die Ziele des Vereins, Frä. Dönke und Frä. Arndt er-
freuten durch Siedervorträge, andere Mitglieder betätigten sich
darstellerisch. Den Mittelpunkt des Abends bildete ein Vortrag
über „Patrie- und Hausarbeit“ von Frä. Grundig, in dem
die Vorteile des Dienstbotenstandes gegenüber der Fabrikarbeit
in rechtlich Licht gesetzt wurden. Gemeinamer Gesang schloß die
wohlgenügende Feier.

Vereins-Anzeiger.

Landwirtschaftlicher Bauern-Verein des
Saalkreises. Montag, den 4. Dezember, vormittags 10 1/2
Uhr im Coang. Vereinslokal Generalversammlung.
Vortrag des Herrn Professors Dr. Schneiderwind: „Neh
nach der großen Trockenheit des vergangenen Jahres eine Verän-
derung der Düngung für das nächste Jahr hatzuführen“ und
des Herrn Ingenieur Kolbe: „Die Anwendung motorischer Kraft
im Ackerbau.“ Zweier Vorträge über: Herr Dr.
Engler, Zentral-Ankäuferstelle, Halle.

Halle'sches Kunstleben.

— Robert Koth. Auf den am Donnerstag abends 8 Uhr
im Mozartsaal stattfindenden Siederabend zur Laute von
Robert Koth, dem Meisterfänger des deutschen Volksliedes, sei
besonders empfehlend hingewiesen. Kartenverkauf bei Heinrich
Gothan.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Die furchtbare Schachkatastrophe auf dem
Kalkwert Kl.-Bodungen.

Das Unglück, von dem das im Entstehen begriffene
Kalkbergwerk Kl.-Bodungen betroffen worden ist, ist in
diesem Umfange in der Geschichte der deutschen Kali-
industrie ganz vereinzelt. Die eigentliche Ursache
wird wohl nie festgestellt werden können, weil sämtliche
Beteiligten mit Einschluß des aufstrebenden
Steigers Jänisch tot sind. Man ist indes geneigt,
die Ursache auf ein Versehen des aufstiegs-
führenden Steigers zurückzuführen. Reute,
die bei dem Schachthaus beschäftigt sind und kurz vorher sich
im Schachte aufgehoben hatten, geben von der Katastrophe
folgende Darstellung:

Die Eleganz eines Pelzstückes erreicht ihren
Höhepunkt durch weiche VERARBEITUNG,
erstklassige ZUSAMMENSETZUNG der Felle
und tadellosen SITZ. Da ich diese Ausführung
schon seit Jahren als SPEZIALITÄT betreibe,
hat sich meine Pelzkollektion in- und ausserhalb
Deutschlands einen grossen Namen erworben. Ich
gestatte mir daher die Damenwelt zur Vorlage
meiner Pelze höflichst einzuladen.

Leipzig,
Thomaskirchhof 20 u. 21.

F. H. Schüler.



Welcher eleganter Sealsisam-Mantel
Mk. 680.—









